

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.354.451

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1648/J-NR/2025

Wien, am 4. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Gerhard Deimek und weitere haben am 06.05.2025 unter der **Nr. 1648/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Transformationsprozesse im Geschäftsbereich des BMWET** gerichtet.

Diese Anfrage, die sich zur Gänze auf vor meiner Amtszeit gelegene Sachverhalte bezieht, beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Welche ressortzugehörigen Organisationen, Agenturen oder Unternehmen im öffentlichen Eigentum waren in den Jahren 2019 bis 2024 von pandemiebedingten Umstrukturierungen oder Veränderungsprozessen betroffen?*
 - *Wie hoch waren die Kosten dieser pandemiebedingten Umstrukturierungen? (Bitte um Aufschlüsselung)*

Dortige pandemiebedingte Umstrukturierungen und Veränderungsprozesse im Sinne der Anfrage waren Teil des operativen Geschäfts der ausgegliederten Rechtsträger im Zuständigkeitsbereich des seinerzeitigen Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) und des Verwaltungsbereichs Wirtschaft im seinerzeitigen Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) und betreffen daher keinen dem Interpellati-

onsrecht unterliegenden Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus.

Zu den Fragen 2 und 17

- *Welche konkreten, pandemiebezogenen Vorschriften und Coronamaßnahmen - bspw. Vorgaben bzgl. Impfstatus, Kontaktbeschränkungen, Home Office etc. - gab es für Mitarbeiter im Einflussbereich Ihres Ressorts bei der Ausübung ihrer Tätigkeit in den Jahren 2019 bis 2024?*
- *Welche Vorschriften bezüglich Coronatestungen gab es für Beschäftigte in den Jahren 2019 bis 2024 in Ihrem Ressort?*

Von der Personalabteilung des seinerzeitigen BMDW und des Verwaltungsbereichs Wirtschaft im seinerzeitigen BMAW wurden im Einklang mit den jeweiligen gesetzlichen Vorgaben mehrere Rundschreiben zum ressortinternen Umgang mit der COVID-19-Pandemie verfasst, welche nähere Vorgaben für Verhaltensweisen zu Sicherstellung des Gesundheitsschutzes und des Dienstbetriebes beinhalteten. Dazu zählten insbesondere Regelungen zum Dienstort bzw. Dienstzeit im Sinne von "Home Office", Schutz der Risikogruppen, aber auch zur Verwendung von Mund-Nasen-Schutz bzw. FFP2-Masken sowie Mindestabstand. Ergänzend ist auf die Beantwortung der am selben Tag gestellten parlamentarischen Anfrage Nr. 1815/J zu verweisen.

Zu den Fragen 3, 5, 7 bis 9, 13 bis 15 und 18

- *Welche ressortinternen bzw. externen Projekte wurden infolge der Pandemie verschoben oder gestrichen?*
- *Inwiefern wurde auf temporäre Ausnahmesituationen (z.B. eingeschränkter Publikumsverkehr) mit strukturellen Innovationen reagiert?*
- *Welche Maßnahmen wurden zur Stärkung der organisationalen Resilienz ergriffen (z. B. Krisenpläne, Aufbau von Redundanzen, Diversifizierung von Lieferketten)?*
- *Gab es ressortweite Analysen oder Lessons-Learned-Prozesse zur Evaluierung der Erfahrungen aus der Pandemiezeit?*
 - *Wenn ja, wie wurden die Erkenntnisse dokumentiert und in strategische Steuerung integriert?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wie wurden Beschäftigte (inkl. technisches Personal, Verkehrsbedienstete, Verwaltung) in pandemiebedingte Transformationsprozesse eingebunden?*
 - *Gab es Programme für Upskilling, Reskilling oder andere Formen von Kompetenzaufbau?*
 - *Wenn ja, welche?*

- *Wenn nein, warum nicht?*
 - *In welchen Bereichen wurden neue Kompetenzprofile geschaffen?*
- *Gab es ressortinterne oder ressortübergreifende Kooperationen zur Bewältigung pandemiebedingter Herausforderungen?*
 - *Wenn ja, welche?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Welche der ergriffenen Maßnahmen wurden im Sinne einer "Krisenfestigkeit" dauerhaft institutionalisiert?*
- *Wie fließen die gewonnenen Erkenntnisse in aktuelle Strategieprozesse des Ressorts ein?*
- *Gibt es im Geschäftsbereich Ihres Ressorts systematische Forschungsvorhaben oder Monitoringprogramme, die sich mit den Transformationserfahrungen aus der COVID-19-Pandemie befassen?*
 - *Wenn ja, welche sind das?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Dazu ist auf die Beantwortung der am selben Tag gestellten parlamentarischen Anfrage Nr. 1992/J zu verweisen.

Zu den Fragen 4 und 12

- *Wie haben sich die Digitalisierungsprozesse im Einflussbereich Ihres Ressorts durch die Pandemie verändert?*
 - *Wurden neue digitale Plattformen eingeführt oder bestehende Strukturen ausgebaut?*
 - *Wenn ja, welche waren das und welche Kosten waren damit verbunden? (Bitte um Aufschlüsselung)*
 - *Welche Daten zur Nutzungsintensität digitaler Tools (z.B. Homeoffice-Infrastruktur, interne Kommunikation, Mobilitätsdatenverarbeitung) liegen Ihnen vor?*
 - *Welche Daten zu den Kosten digitaler Tools (z.B. Lizenzgebühren für Programme) liegen Ihnen vor? (Bitte um Aufschlüsselung)*
- *Inwiefern ist die Digitalisierung in Ihrem Ressort durch pandemiebedingte Veränderungen vorangetrieben worden?*

Im Zuge der Pandemie wurden Digitalisierungsprozesse situationsbedingt angepasst und weiterentwickelt. Dies umfasste sowohl die Nutzung bestehender digitaler Lösungen, als auch deren Ergänzung durch zusätzliche Anwendungen. Insbesondere wurde der Einsatz von Videokonferenz-Tools ausgeweitet. Dazu ist auf die Beantwortung der am selben Tag

gestellten parlamentarischen Anfrage Nr. 1673/J zu verweisen. Aussagen zur konkreten Nutzungsintensität oder zu detaillierten Kosten einzelner Tools lassen sich auf dieser allgemeinen Ebene nicht treffen.

Die COVID-19-Pandemie wirkte sich auf die Möglichkeit, Telearbeit in Anspruch zu nehmen, steigend aus. Die Regelung der regulären Anordnungen bzw. Vereinbarungen von alternierender Telearbeit stellt - ergänzend zur der Möglichkeit anlassbezogener Telearbeit - ein flexibles Instrument dar, welches die Bedürfnisse der Praxis bestmöglich berücksichtigt und auch in Zeiten immer weiter fortschreitender Digitalisierung in der Arbeitswelt zukunftsfit ist.

Zur Frage 6

- *Welche externen Beratungskosten sind durch die Pandemie für Ihr Ressort entstanden und wie setzen sich diese zusammen?*

Dazu ist auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 1383/J und 3230/J der XXVII. Gesetzgebungsperiode zu verweisen.

Zur Frage 10

- *Wurden Beschäftigte im Einflussbereich Ihres Ressorts aufgrund von Nicht-Einhaltung von Coronamaßnahmen arbeitsrechtlich belangt?*

Nein.

Zur Frage 11

- *Welche langfristigen Veränderungen wurden aus der Pandemie abgeleitet in Bezug auf Arbeitsplatzmodelle (Remote, Hybrid), Innovationsstrategien, Investitionsprioritäten und öffentliche Beteiligungsprozesse?*

Während der COVID-19-Pandemie wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ressorts mit remotefähigen Arbeitsplatz-PCs ausgestattet. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Dienstverrichtung im Homeoffice während der COVID-19-Pandemie wurden die Möglichkeit von Telearbeit in der Zentraleitung des seinerzeitigen BMDW durch Entfall der Kontingentierung der Telearbeitsplätze ausgeweitet und das Instrument der anlassbezogenen Telearbeit verstärkt in Anspruch genommen.

Zur Frage 16

- *Welche Kosten für Corona-Testungen der Mitarbeiter sind in Ihrem Ressort in den Jahren 2019 bis 2024 aufgelaufen?*

Dazu ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1639/J zu verweisen.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

